

Klingemann, Hans-Dieter

Article — Digitized Version

Rechtsradikalismusforschung

Der Politologe: Berliner Zeitschrift für politische Wissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1967) : Rechtsradikalismusforschung, Der Politologe: Berliner Zeitschrift für politische Wissenschaft, Fachschaft Politologie, Otto-Suhr-Institut, Freien Universität Berlin, Berlin, Vol. 8, Iss. 24, pp. 23-31

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112405>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Rechtsradikalismus- forschung

Vorbemerkung: In dem folgenden Forschungsbericht gibt Dr. Hans D. Klingemann einen Überblick über das umfangreichste Projekt auf dem Gebiet der Rechtsradikalismusforschung in der Bundesrepublik, das im Institut für vergleichende Sozialforschung und im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln veranstaltet wird.

I

Die Erfolge der NPD bei der Bundestagswahl im September 1965 und den darauf folgenden Landtagswahlen der Jahre 1966 und 1967 haben die Frage nach dem Rechtsradikalismus in Deutschland wieder aktuell werden lassen. So begrüßenswert die Intensität der Reaktion von Wissenschaftlern und Journalisten ist, so wenig trägt die in den meisten Fällen zu beobachtende einfache Gleichsetzung der NPD und ihrer Wähler mit dem Nationalsozialismus zum theoretischen Verständnis des heutigen Sachverhalts bei. Einmal ist es unbefriedigend, im Rechtsradikalismus wiederum nur einen Wesenszug der deutschen Gesellschaft zu sehen; zum anderen verhindert die Überzeugung, daß man im Grunde die dem Rechtsradikalismus zuneigenden gesellschaftlichen Gruppen und ihre Motive aus den Analysen der Weimarer Republik ja schon kenne, umfassende empirische Erhebungen. Doch hatte man auf diese Weise nicht nur die Erklärungsmodelle allzu rasch bei der Hand; die Gleichsetzung der NPD und ihrer Wähler mit dem Rechtsradikalismus und seinem Potential in Deutschland schlechthin birgt — und das ist bedenklicher — die Gefahr einer unzulässigen Verengung des Blicks. Dabei könnte eine Konfrontation der Postulate demokratischer Prinzipien mit den Ergebnissen breit angelegter empirischer Analysen der politisch relevanten Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Wählerschaft zu einem besseren Verständnis von Demokratie in Deutschland heute ganz besonders beitragen. [1]

II

Die Beschäftigung mit den Problemen rechtsradikaler Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Wählerschaft im *Institut für vergleichende Sozialforschung* und dem *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung* ergab sich aus einer Reihe von Diskussionen über das Ergebnis der Bundestagswahl 1965 und

den damaligen Erfolgen der NPD mit interessierten Kollegen aus dem *Forschungsinstitut für politische Wissenschaft der Universität zu Köln* sowie dem *Survey Research Center, Ann Arbor*. Man war sich darüber einig, daß ein angemessener Bezugsrahmen für ein theoretisches Verständnis nur in unvoreingenommener Betrachtung des neuen empirischen Tatbestandes würde erarbeitet werden können. Eine erste Umfrage im Oktober 1965 durch die *EMNID-Institute* sollte Material hierzu erbringen. Man versprach sich zu diesem Zeitpunkt von einer Frage nach der Wahlentscheidung oder der Parteisympathie in herkömmlicher Formulierung keine ausreichenden Ergebnisse über rechtsradikale Wählergruppen. [2]

Die Möglichkeit, einen solchen Personenkreis mit konventionellen Fragestellungen zu erfassen, ist wohl erst dann gegeben, wenn die radikale Partei zu einer legitimen, sozial allgemein akzeptierten Alternative geworden ist.

Man entschied sich in Köln schließlich für Fragen, von denen die einen die Einstellung zur zukünftigen Entwicklung der NPD, andere den Grad liberaler Einstellungen zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Tatbeständen messen sollten. Darüber hinaus sollten durch Wortzuordnungen zu den Stimuli „Demokratie“, „Nationalsozialismus“ und „Weimarer Republik“ die Möglichkeiten semantischer Differentiale geprüft werden, rechtsradikale Einstellungen zu erfassen. Die Auswertung der Umfrage ergab, daß Personen, die der NPD eine günstige Entwicklung in der Zukunft wünschten, häufiger anti-liberale Indikatoren bejahten als solche Personen, die meinten, die NPD sollte nicht stärker werden. Doch beschränkte sich die allgemeine Verbreitung anti-liberaler Einstellungen in keiner Weise etwa nur auf die NPD-Sympathisierende. [3]

[1] Zu allgemeinen Fragen der Demokratieforschung im Rahmen von Wähleranalysen vgl.: Nils Diederich: *Empirische Wahlforschung*, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965, S. 11—15.

[2] Vgl. zum Problem der Fragestellungen auch: Klaus Liepelt: „Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 8. Jg., Heft 2, Juni 1967, S. 237—240.

[3] Die erste Interpretation der Ergebnisse der Umfrage wurde dargestellt durch: Erwin K. Scheuch: „Rechtsradikalismus in Deutschland?“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11. 5. 1966.

Wir möchten unsere Leser auf folgende Beilagen aufmerksam machen:

**Rainer Wunderlich Verlag
Nymphenburger
Verlagshandlung**

Tabelle 1

Einstellungen von Befürwortern und Gegnern einer künftig stärkeren Entwicklung der NPD [4] zu verschiedenen Indikatoren

Indikator-Vorgabe	Einstellung zur künftigen Entwicklung der NPD			n
	NPD soll künftig stärker werden	NPD soll künftig nicht stärker werden	Keine klare Stellungnahme	
<i>Indikator I</i>				
Demokratie oder Diktatur ist gar nicht so wichtig, Hauptsache ist, daß wirkliche Staatsmänner an der Spitze stehen	20	55	25	339
Diktatur ist immer eine Gefahr, ich ziehe die Demokratie in jedem Falle vor	7	79	14	1542
Keine klare Stellungnahme zu Indikator I	7	33	60	120
<i>Indikator II</i>				
Wir treiben heute im Grunde genommen als besiegt Volk eine Erfüllungspolitik gegenüber den Siegern	17	67	16	509
Die Bündnispolitik mit dem Westen ist im Grunde genommen keine Erfüllungspolitik, sondern liegt im deutschen Interesse	8	80	12	1175
Keine klare Stellungnahme zu Indikator II	3	52	45	317
<i>Indikator III</i>				
Man sollte nicht dulden, daß die Menschen bei uns in den Grundfragen des Lebens wie Sitte, Familienleben und Glaube an Gott verschiedener Meinung sind.				
a) Dieser Satz ist richtig oder zum Teil richtig	17	68	15	292
b) Dieser Satz ist eher falsch oder ganz falsch	8	77	15	1413
c) Keine klare Stellungnahme zu Indikator III	7	55	38	296
<i>Indikator IV</i>				
Welcher Staat ist der bessere: Der Staat, in dem es in erster Linie auf das Wohlergehen und die Freiheit des Einzelnen ankommt, oder der Staat, dem es nur auf das Wohlergehen und die Freiheit des Volkes ankommt?				
a) Wohlergehen und Freiheit des Einzelnen	8	76	16	731
b) Wohlergehen und Freiheit des Volkes	10	72	18	1142
c) Keine klare Stellungnahme zu Indikator IV	8	49	43	128
<i>Indikator V</i>				
Sollte man als Deutscher vor allem deutsche Waren kaufen, oder ist das egal wo die Waren herkommen, wenn sie nur gut und preiswert sind?				
a) deutsche Waren kaufen	11	70	19	590
b) egal wo die Waren herkommen	8	74	18	1360
c) Keine klare Stellungnahme zu Indikator V	10	45	45	51
Insgesamt	9	72	19	2001

Umfrage der EMNID-Institute, Oktober 1965

[4] Der Fragetext lautete: „Mehr als eine halbe Million Menschen haben bei der Bundestagswahl für die nationale NPD gestimmt. Würden Sie es wünschen, daß eine solche Partei künftig stärker wird oder sind Sie dagegen?“

Die Frage nach der sozialen Ortsbestimmung der NPD-Sympathisuren war mit unserem Material nicht eindeutig zu beantworten. Eine Aufgliederung nach traditionellen Kategorien wie Geschlecht, Alter, Konfession,

Beruf etc. ergab zwar einzelne Hinweise, jedoch keine eindeutigen Schwerpunkte. [5] Die auffälligste Besonderheit bestand in dem relativ großen Anteil von Personen mit höherer Schulbildung unter den NPD-Sympathisuren.

Tabelle 2

Schulbildung und Einstellung zur künftigen Entwicklung der NPD [6]

Einstellung zur künftigen Entwicklung der NPD	Volksschule	Mittlere Reife	Abitur oder Hochschulbildung	Insgesamt
NPD soll künftig stärker werden	8	9	22	9
NPD soll künftig nicht stärker werden	72	75	66	72
Keine klare Stellungnahme	20	16	12	19
n =	1544	354	103	2001

Umfrage der EMNID-Institute, Oktober 1965

Natürlich regte gerade dieser Tatbestand zu einer Reihe von Hypothesen an. Einmal konnte durch den allgemein höheren Informationsgrad dieses Personenkreises über politische Ereignisse eine direktere, raschere Reaktion auf politisch negative Entwicklungen erfolgt sein. Zum anderen sprach manches dafür, daß es die in den speziellen Schultypen vermittelten Werte und Denkweisen seien, die zur Erklärung herangezogen werden müßten. [7] Für beide Thesen, die sich gegen-

seitig nicht ausschließen, gab es weitere Anhaltspunkte. So fanden wir, daß, wenn Personen mit höherer Schulbildung antiliberalen Indikatoren bejahten, bei ihnen der Anteil derer, die eine positive Haltung der NPD gegenüber einnahmen, stets größer war als unter Volks- oder Mittelschülern. Sie waren also in ihren Einstellungen konsistenter und setzten diese Einstellungen auch politisch eher in eine Sympathie für die NPD um.

Tabelle 3

Bejahung antiliberaler Indikatoren und die Einstellung zur künftigen Entwicklung der NPD [8]

Vorgegebene Indikatoren [9]	Volksschulbildung	davon Pro-NPD	Mittlere Reife	davon Pro-NPD	Abitur oder Hochschulbildung	davon Pro-NPD
Indikator I Außenpolitik = Erfüllungspolitik (n = 509)	25	16	24	16	31	37
Indikator II Ob Demokratie oder Diktatur: Hauptsache ist, daß wirkliche Staatsmänner an der Spitze stehen (n = 339)	17	18	17	24	17	39
Indikator III Als Deutscher sollte man deutsche Waren kaufen (n = 590)	31	9	87	13	21	45

[5] Weitere Umfrageergebnisse wurden berichtet von: Elisabeth Noelle-Neumann: „Wer wählt die NPD?“, in: *Die politische Meinung*, Jg. 1967, Heft 1, S. 22—27; Klaus Liepelt: *op. cit.*, S. 237—271.

[6] Zur Fragestellung vergleiche Tabelle 1.

[7] Hinweise dafür bot u. a. eine Studie von: Helge Lenné: *Jugend zwischen Tradition und Demokratie*, Duncker und Humblot, Berlin 1967.

[8] Zur Fragestellung vergleiche Tabelle 1.

[9] Vorgegebene Indikatoren I—IV vergleiche Tabelle 1.

Indikator IV

Ablehnung von Pluralismus in Grundfragen des Glaubens, der Sitte und Moral (n = 292)

15 16 15 14 10 50

Indikator V [10]

Gehorsam und Unterordnung als Werte der Kindererziehung (n = 380)

20 9 17 5 15 31

Umfrage der EMNID-Institute, Oktober 1965

[10] Die Fragestellung zu diesem Indikator lautete: „Auf welche Eigenschaften sollte die Erziehung der Kinder vor allem hinzielen: Gehorsam und Unterordnung, Ordnung und Fleiß oder Selbständigkeit und freier Wille?“

Der Versuch, Statusinkonsistenz und Neigung zum Rechtsradikalismus aufeinander zu beziehen, ergab zwar eine Reihe interessanter Hinweise, scheiterte jedoch an der zu geringen Datenbasis. Die Fallzahlen erlaubten keine signifikanten Aussagen mehr. [11]

III

Das Resultat der weiteren Diskussionen und der Auseinandersetzung mit der Literatur führte schließlich zu einem theoretischen Konzept, das Erwin K. Scheuch im *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* dargestellt hat [12]. Ein Kernpunkt dieser Überlegungen war es, die bisher als alternative Erklärungen behandelten Theorien über den Rechtsradikalismus als spezielle Fälle einer allgemeineren Theorie aufzufassen. Zum besseren Verständnis der Kölner Studienprojekte seien die Hauptthesen kurz wiederholt.

1. In Industriegesellschaften, die raschem sozialen Wandel unterliegen, treten typische Spannungen auf. Werte aus dem Bereich der Primärbeziehungen und Werte sekundärer Institutionen, die sich aus funktionalen Erfordernissen sich wandelnder Industriegesellschaften ergeben, haben eine Tendenz, sich zu widersprechen. Die Individuen erleben diesen Wertkonflikt als Widerspruch in der Art der Verhaltenserwartungen bzw. Verhaltensanforderungen.
2. Aus dem raschen Wechsel und Wandel von Umweltbedingungen ergibt sich ein ständiger Zwang zur Neuanpassung des Individuums an seine Umwelt oder einer Veränderung dieser Umwelt durch das Individuum. Eine Möglichkeit der Bewältigung sich wandelnder Umweltbedingungen ist Rigidität des Denkens. Rigidität ist gekennzeichnet durch Starrheit der Wert- und Orientierungssysteme. Je stärker sich nun die Umwelt ändert, umso weniger realistisch sind derartige Wert- und Orientierungssysteme. Je weniger die Wert- und Orientierungssysteme aber ihre Funktion zur Bewältigung des täglichen Lebens erfüllen, umso besorgter („ängstlicher“, aggressiver o. ä.) reagieren Personen mit starren Wert- und Orientierungssystemen auf Veränderungen der Umwelt.
3. Hauptursache für sozialen Wandel in Industriegesellschaften sind a) Institutionen der Wissenschaft

in Verbindung mit rationaler Großfertigung und b) Institutionen aus dem Bereich der Politik. Dabei kann gelten, daß immer mehr Menschen direkt von diesen Institutionen abhängig werden und daß traditionelle Mittel der Einflußnahme von Individuen auf die Handlungen dieser Institutionen in zunehmendem Maße nicht mehr ausreichen. Dies verstärkt das Gefühl der Hilflosigkeit insbesondere dann, wenn ein mangelhaftes Training von Anpassungsmechanismen und -strategien durch das Erziehungssystem vorliegt.

4. Im Gegensatz zur herkömmlichen Betrachtungsweise soll hier nicht behauptet werden, daß sich rigides Denken (siehe oben 2. und 3.) sogleich in manifestem politischen Handeln ausdrücken muß. Teilnahme an Politik verlangt (in welcher Intensität und in welchem Grad auch immer) Vorstellungen der Individuen über das, was politisches Handeln bestimmen sollte. Diese Vorstellungen wollen wir politische Sentiments bzw. Philosophien nennen. Sie können von wenig systematisierten, widersprüchlichen, unreflektierten und weitgehend kaum artikulierten „Primitiv-Ideologien“ bis hin zu systematischen, reflektierten Ideologien klassischer Art reichen. Da für die meisten Bürger westlicher Industrienationen Politik als Spezialbereich der Gesellschaft gilt, werden „Primitiv-Ideologien“ im Sinne allgemeiner politischer Sentiments vorherrschen. Die Funktion der Artikulation kommt Spezialisten zu.
5. Spezialisten in diesem Sinne sind Politiker und politische Parteien als Vehikel legitimen Machterwerbs. Sie versuchen, politische Sentiments zu artikulieren.

[11] Die Ergebnisse der Auswertung der EMNID-Umfrage vom Oktober 1965 und weiteres Zahlenmaterial wurde dargestellt in: Erwin K. Scheuch und Hans D. Klingemann (Herausgeber): *Materialien zum Phänomen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik*, Köln 1967 (als Manuskript vervielfältigt).

[12] Erwin K. Scheuch unter Mitarbeit von Hans D. Klingemann: „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1967, S. 11—29.

Hier soll die Hypothese gelten, daß extremistische Parteien zunächst die politischen Sentiments von Personen mit rigiden Wert- und Orientierungssystemen zu artikulieren versuchen. Es ergibt sich aus den Punkten 2 und 3, daß der spezielle Inhalt extremistischer Philosophien vorwiegend in der Ablehnung der gegenwärtigen Form der Industriegesellschaft und ihrer politischen Institutionen bestehen sollte. Es werden alternative Organisationstypen der Gesellschaft angeboten, die sich darstellen als a) Reaktion gegen den Wertkonflikt zwischen Normen in primären und sekundären Umweltsbereichen in dem Sinne, daß verlangt wird, eine Gesellschaftssituation zu schaffen, in der Werte in Primärgruppen auch für den sekundären Bereich gelten sollen (Genossenschaftlichkeit, Betriebsgemeinschaft, Kameradschaft etc.). Gleichzeitig soll b) die Effizienz des bestehenden Gesellschaftstyps durch die angestrebte Veränderung entscheidend verbessert werden. Steigerung der Effizienz wird dabei hauptsächlich in Verbindung mit einer Reduktion des Wertpluralismus gesehen.

6. Für eine weitere Differenzierung des Extremismus seien folgende Definitionen vorgeschlagen:

Links nennen wir eine extremistische Bewegung dann, wenn die gegenwärtige Gesellschaft durch Verweis auf Zukunfts-Utopien bekämpft wird.

Rechts nennen wir eine extremistische Bewegung dann, wenn die gegenwärtige Gesellschaft durch Verweis auf eine idealisierte Vergangenheit bekämpft wird. Zukunfts-Utopien können prinzipiell gleichartiger sein als vergangenheitsbezogene Idealisierungen. Für rechtsextremistische politische Bewegungen sei folgende Hypothese aufgestellt: das angebotene Idealbild ist auf die Vergangenheit der jeweiligen Gesellschaft bezogen. Es sei die Romantisierung der letzten stabilen Periode vor Beginn der Moderne. Der Gegenwart in Industriegesellschaften wird also ein Wertsystem entgegengesetzt, das in einer für das jeweilige Land eindeutigen Weise vorindustrielle Werte repräsentiert. Ein derartig analytisches Verständnis von Rechtsradikalismus sollte insbesondere in der vergleichenden Forschung fruchtbar sein.

7. Das Aufkommen und der Erfolg rechtsextremistischer politischer Bewegungen hängt weiterhin ab vom Zustand des jeweiligen politischen Systems. Wird die Fähigkeit eines Systems zur Kontrolle krisenhafter Situationen zweifelhaft oder wird seine Effektivität im Hinblick auf das Erreichen von allgemein als wichtig betrachteten innen- und außenpolitischen Zielen fragwürdig, dann wachsen die Chancen manifest extremistischer Verhaltensweisen. Die Definition von „Haßgruppen“ hängt dabei tendenziell von der Art der Konflikte ab.
8. Manifest extremistische Verhaltensweisen können sich niederschlagen in der Bildung organisierter extremistischer Bewegungen, im Verhalten bestehender politischer Bewegungen und im Verhalten der sonstigen Bevölkerung. Durch Versuche von Parteien und Politikern des „establishments“, ihre Wähler zu halten, kann es im Konkurrenzkampf mit den extremistischen Parteien zu einem kumulativen Prozeß bei der Bildung und Aktivierung radikaler Sentiments kommen.
9. Die Aufrechterhaltung traditioneller politischer Bindungen von Individuen erfolgt in hohem Maße

durch mediatisierende Instanzen der Gesellschaft. Gibt es hier starke Sanktionen gegen manifest extremistisches politisches Verhalten, so wird ein Erfolg radikaler Parteien zunächst ausbleiben. Wird extremistisches Verhalten durch die mediatisierenden Instanzen nicht oder nur schwach tabuiert, so kann es „Erdrutsche“ zugunsten radikaler politischer Bewegungen geben.

IV

Die Landtagswahlen der Jahre 1966 und 1967 erbrachten neues Material. Insbesondere die Wahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen drängten eine Replikation früherer Arbeiten auf [13]. Im Falle Schleswig-Holsteins, Bayerns (Mittelfranken) und von Rheinland-Pfalz stehen neben den Daten der Volks- und Berufszählungen sowie der Wahlstatistik Umfragen für Sekundäranalysen zur Verfügung. Der Schwerpunkt der Landtagswahlstudien liegt jedoch auf einer Betrachtung der Wahlentwicklung in Gebieten mit sozialen und politischen Spannungen [14]. Daneben sollen Gebiete mit verschiedener politischer und administrativer Tradition zur Erklärung regionaler Unterschiede untersucht werden [15].

V

Ausgehend von den skizzierten theoretischen Überlegungen wurden weitere Primärerhebungen und Sekundäranalysen durchgeführt oder vorbereitet.

Dem Studium des Einflusses von Familie und Schule auf die politische Einstellungen der Kinder ist eine Studie über Kölner Schüler gewidmet [16]. Der Ausgang davon aus, daß Familie und Schule als sozialisierende Instanzen die Denkstruktur der Kinder weitgehend prägen und daß der Denkstil seinerseits die Einstellungen des Kindes zur Politik mitbestimmt. Zur Messung der Denkstruktur wurde die Roghmann'sche Dogmatismus-Skala (15-Items Version) verwendet [17].

[13] In speziellen Studien wird eine Replikation der Thesen von Heberle und Franz versucht. Vgl.: Rudolf Heberle: *Landbevölkerung und Nationalsozialismus*, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1963; Günther Franz: *Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949*, 3. Auflage, Bremen-Horn 1957.

[14] Vgl. zum Konzept der „Spannung“ die Thesen zum theoretischen Ansatz.

[15] Die Landtagswahlstudien werden für folgende Bundesländer durchgeführt: Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hessen und Bayern.

[16] Die Studie wurde von Kendall L. Baker, *University of Wyoming*, geplant und in Zusammenarbeit mit der Kölner Studiengruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Erwin K. Scheuch durchgeführt. Befragt wurden 1534 Schüler von Gymnasien, Real- und Berufsschulen im Alter von 14—16 Jahren (April/Mai 1967).

[17] Klaus Roghmann: *Beiträge zur Erforschung von Dogmatismus und Autoritarismus*, Anton Hain, Meisenheim/Glan 1965.

Die ersten Auswertungen zeigen einen starken Zusammenhang zwischen Familienstruktur und Dogmatismus von Kindern, d. h. je geringer der Einfluß des Kindes in der Familie, desto höher der Dogmatismus des Kindes.

Nicht so eindeutig ist die Beziehung zwischen Dogmatismus und Schule. Hier fällt sogar mit abnehmendem Einfluß des Kindes in der Klasse der Grad des Dogmatismus. Dogmatismus seinerseits wirkt in starkem Maße auf die politische Kompetenz und das politische Desinteresse der Kinder.

Tabelle 4

Dogmatismus im Zusammenhang mit politischer Kompetenz bei Kindern [18]

Politische Kompetenz des Kindes	Dogmatismus des Kindes			
	Hoch	Mittel	Gering	Insgesamt
Gering	35	32	21	20
Mittel	50	49	54	51
Hoch	13	19	25	28
Nicht skaliert	2	0	0	1
n =	221	683	628	1534 [19]

Kölner Schüleruntersuchung, April/Mai 1967

Tabelle 5

Dogmatismus im Zusammenhang mit politischem Desinteresse [20] bei Kindern

Politisches Desinteresse des Kindes	Dogmatismus des Kindes			
	Hoch	Mittel	Gering	Insgesamt
Hoch	26	14	8	14
Mittel	44	43	33	39
Gering	29	43	59	47
Nicht skaliert	1	—	0	0
n =	221	683	628	1534 [19]

Kölner Schüleruntersuchung, April/Mai 1967

Andere Eigenschaften von Familie und Schule wurden als intervenierende Variable in den Erklärungsprozeß einbezogen. Das politische Interesse des Vaters hat sich hierbei als besonders wichtig erwiesen.

VI

Angeregt durch amerikanische Experimente mit sekundäranalytischen Techniken [21] wurde eine weitere Datenquelle erschlossen. Für den Zeitraum der Krise der Regierung Erhard wurden sieben für das Bundesgebiet repräsentative Umfragen zu einem analytischen Sample zusammengefaßt [22]. Aus der Kumulation der Umfragen ergab sich ein Gesamtsample von 11 942 Befragten. Aus den sieben Umfragen konnten 47 vergleichbare Variablen gewonnen werden, darunter Variablen wie Parteipräferenz, Nähe zu den Parteien (Skalometer), Art der Parteihängerschaft und subjektive Einschätzung des Informationsgrades über Politik. Der jeweilige Zeitpunkt der einzelnen Erhebungen wurde als eigene Variable eingeführt, so daß Trendanalysen möglich sind. Die hohe Zahl der Befragten in dieser „Umfrage aus der Retorte“ soll

[18] Politische Kompetenz wurde durch die Kombination folgender Fragen operationalisiert: „(1) Ich glaube, daß ich viel Einfluß auf die Verwaltung meiner Gemeinde haben könnte. (2) Regierung und Politik sind so kompliziert, daß ich nicht verstehen kann, was vor sich geht. (3) Bei Bundestagswahlen wählen heute so viele Leute, daß ich nicht glaube, daß meine Stimme ins Gewicht fallen könnte. (4) Ich glaube nicht, daß ich viel Einfluß auf die Entscheidungen der Bundesregierung haben könnte.“

[19] Zwei Fälle in der Dogmatismus-Skala nicht erfaßt.

[20] Politisches Desinteresse wurde durch die Kombination folgender Fragen operationalisiert: „(1) Was in Bonn geschieht geht mich nichts an. (2) Man muß der Politik und den Politikern Aufmerksamkeit widmen. (3) Was die Regierung macht soll mir egal sein.“

[21] Vgl.: Ithiel de Sola Pool, Robert P. Abelson, Samuel L. Popkin: *Candidates, Issues, and Strategies. A Computer Simulation of the 1960 Presidential Election.*, The MIT Press, Cambridge/Mass. 1964.

[22] Aus dem analytischen Sample wurden alle gewichteten Fälle eliminiert.

Kranksein ist teuer – Wir helfen!



Zusatzversicherung zur DSKV · Nahtloser Übergang nach der Exmatrikulation

Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G.

1 Berlin 62, Innsbrucker Straße 26/27 · Ruf: 71 03 91

Analysen von Statusinkonsistenzen zulassen und allgemein eine mehrdimensionale Kombination sozialer Kategorien zur strukturellen Ortbestimmung der NPD-Wähler und -Sympathisere ermöglichen [23].

Uns scheint in einer weiteren Arbeit mit analytischen Samples unter Verwendung funktional äquivalenter Indikatoren ein entscheidender Schritt zur Integration der Sekundäranalyse als eigener Methodik in das allgemeine Instrumentarium der empirischen Sozialforschung zu liegen [24].

VII

Die empirische Unterscheidung von Struktur und Inhalt politischer Ideologie stellt sich uns als Kernproblem

der Rechtsradikalismusforschung, das eng mit der politischen und sozialen Geschichte von Gesellschaften verbunden ist. Ist eine „normale Pathologie“, wie wir das für den Rechtsradikalismus unterstellen, auf gleiche strukturelle Ursachen zurückzuführen, so scheint die kulturelle Definition all dessen, was mit Politik zusammenhängt, sehr stark von der jeweiligen politischen und sozialen Entwicklung determiniert zu sein. So bringt das Bewußtsein, heute zu einer politischen Minderheit zu gehören, NPD-Anhänger offensichtlich dazu, politische Grundrechte, wie das Recht politischer Betätigung oder das Recht zur Kritik an der Regierungspartei, relativ stärker zu betonen als die übrige Bevölkerung. Freizeit hingegen wird als ein Bereich betrachtet, der einer Beschränkung weiter offensteht.

Tabelle 6

Man hört öfters die Meinung, daß unser Staat sich wirksamer gegen die kommunistische Gefahr verteidigen müßte. Dafür sollte in Kauf genommen werden, daß einzelne Rechte der Bürger eingeschränkt werden. Hier ist eine Liste. Welche Rechte dürften nach Ihrer Ansicht auf keinen Fall eingeschränkt werden, welche könnten etwas eingeschränkt werden und welche könnten stark eingeschränkt werden?

Rechte der Bürger:

Einstufung der NPD auf dem Skalometer	„... daß ich mich politisch betätigen darf“			„... daß die Opposition im Bundestag die Regierung kritisieren darf“			„... daß ich in meiner Freizeit machen kann was ich will“			Ins-gesamt
	Auf keinen Fall einschränken	etwas einschränken	stark einschränken	Auf keinen Fall einschränken	etwas einschränken	stark einschränken	Auf keinen Fall einschränken	etwas einschränken	stark einschränken	
+5 bis +1	12,1	5,5	0,0	12,1	5,5	3,3	10,8	10,8	15,4	10,8
0	14,8	14,5	30,0	14,5	20,9	6,7	15,7	12,7	7,7	15,1
-1 bis -5	62,4	64,5	50,0	61,4	64,8	80,0	60,8	71,6	69,2	62,5
Keine Angabe	10,7	15,5	20,0	12,0	8,8	10,0	12,8	4,9	7,7	11,5
n =	587	110	10	586	91	30	594	102	13	710

Umfrage des DIVO-Instituts in Mittelfranken (Sample, geschichtet nach potentiellen FDP-Wählern), Mai 1966

Die verschiedenen handlungsrelevanten Dimensionen politischer Ideologien zu analysieren, ist ein Forschungsbereich, der in Deutschland dringend eingehender Untersuchungen bedürfte. Inhaltsanalysen von Presseorganen der Rechtsradikalen — so wertvoll sie

auch sind — können Studien, die sich direkt mit den Orientierungssystemen der Wähler befassen, nicht ersetzen. Auf diesem Gebiet wird in zwei Richtungen gearbeitet. Einmal sind in Anlehnung an den Forschungsansatz von Robert Lane [25] eine Reihe von

[23] Mit derart großen Fallzahlen wird auch die Anwendung von Techniken nach Art der *Tree Analysis* besonders fruchtbar.

[24] Das sekundäranalytische Projekt wird bearbeitet durch: Dr. Hans D. Klingemann, *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln*. Der Verfasser möchte dem DIVO-Institut, Frankfurt, für die großzügige Unterstützung dieses Projekts danken.

[25] Vgl. Robert E. Lane: *Political Ideology. Why the American Common Man Believes What He Does. The Free Press of Glencoe, New York, 1962*.

[26] Philip E. Converse: „The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David E. Apter: *Ideology and Discontent*, The Free Press of Glencoe, New York, 1964, pp. 206—261; Angus Campbell, Philip E. Converse, Warren E. Miller, Donald E. Stokes: *The American Voter*, John Wiley & Sons, Inc., New York—London—Sidney, 1965 (3. Auflage).

unstrukturierten Interviews mit NPD-Anhängern geplant. Zum anderen versuchen wir, auf den Ergebnissen der Michigan-Gruppe [26] aufbauend, Konzepte politischer Ideologie zu entwickeln, die es ermöglichen, vorhandene Umfragen über politische Einstellungen der westdeutschen Wählerschaft mit Hilfe einer Sekundäranalyse auszuwerten.

Aus dem vorliegenden Material ergaben sich Hinweise auf die Fruchtbarkeit einer Hypothese von Campbell

et al... Die Michigan-Gruppe fand, daß unter Personen, die ihre Wahlabsicht ändern — und dazu gehören in unserem Falle ein großer Teil der jetzigen NPD-Anhänger — eine Gruppe vertreten ist, die nicht in den Dimensionen rechter oder linker Ideologien denkt, sondern eher in einfachen Reaktionen auf eine allgemeine Bewertung der politischen oder ökonomischen Situation handelt, etwa nach dem Motto: „Throw the rascals out“ [27] [28].

Tabelle 7

Wenn bei den kommenden Landtagswahlen in Bayern die CSU wieder die absolute Mehrheit aller Stimmen bekommt, d. h. also, mehr als alle anderen Parteien zusammen, dann kann sie ohne eine andere Partei allein regieren. Was würden Sie sagen: Ist das gut für Bayern, wenn die CSU allein regiert oder hat das auch Nachteile?

Auf diese Frage antworteten 7,5 Prozent der Befragten: Die CSU soll überhaupt nicht regieren. Die Nachfrage lautete: Warum sind Sie dieser Ansicht?

Einstufung der NPD auf dem Skalometer	Allgemeine Kritik an der CSU	Die SPD soll an die Regierung	Die anderen sollen auch mal ran	Anderes, keine Angabe	Insgesamt
+5 bis +1	17,6	12,5	30,8	28,6	20,8
0	11,8	31,3	30,8	28,6	24,5
-1 bis -5	52,9	50,0	38,5	28,6	45,3
Keine Angabe	17,6	6,3	0,0	14,3	9,4
n =	17	16	13	7	53 (= 7,5 %)

Umfrage des DIVÖ-Instituts in Mittelfranken (Sample, geschichtet nach potentiellen FDP-Wählern), Mai 1966

VIII

Die Beziehung zwischen NPD-Sympathie und Nationalismus scheint recht klar zu sein. Je positiver jemand

die NPD einstuft, umso eher ist er der Ansicht, die ideale Partei solle national sein.

Tabelle 8

NPD-Skalameter und Nationalismus

Soll die ideale Partei national sein?	+5 bis +1	0	-1 bis -4	- 5	Keine Angabe	Insgesamt
ja	43	21	16	14	11	18
nein	57	79	84	86	89	82
n =	77	107	152	292	82	710

Umfrage des DIVO-Instituts in Mittelfranken (Sample, geschichtet nach potentiellen FDP-Wählern), Mai 1966

Bei anderen Indikatoren für Nationalismus wie z. B. der Ansicht, daß national eher eine gute Eigenschaft sei als eine schlechte, ergeben sich nicht so klare Beziehungen mit der Parteisymphathie. Insbesondere ein Teil der bürgerlichen Wähler ist, ungeachtet einer strikten NPD-Gegnerschaft, betont national eingestellt

und weigert sich daher konsequenterweise, in der NPD eine nationale Partei zu sehen. Die verschiedenen Dimensionen nationalistischer Einstellungen und die Umsetzung dieser Einstellungen in Parteisymphathien wird in einer weiteren Sekundäranalyse näher untersucht [29].

[27] Campbell op. cit., S. 259.

[28] Dieses Projekt wird bearbeitet von: Dipl.-Volksw. Thomas A. Herz, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

[29] Das Studienprojekt wird bearbeitet durch: Franz Urban Pappi, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

IX

Methodische Experimente konnten bisher nur in geringem Umfang durchgeführt werden. Ein Versuch, jeden Befragten mit Hilfe des semantischen Differentials in einen mehrdimensionalen Eigenschaftsraum einzuordnen, um die Befragten dann je nach ihrer Lage, zu Gruppen zusammenzufassen und zu beschreiben, ist noch nicht abgeschlossen [30] [31].

Eine weitere Studie gilt einem Prognosemodell für die Messung des Potentials der NPD. Hier sollen eine Reihe von demographischen und Einstellungsvariablen unter Berücksichtigung der Interaktion zwischen diesen Variablen kombiniert werden [32].

X

Alle bisherigen Erhebungen und Sekundäranalysen dienen der Vorbereitung eines weiteren Projekts: der Untersuchung rechtsradikaler Ausdrucksform in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. In beiden Ländern bestehen ähnliche Bedingungskonstellationen, die gewöhnlich rechtsradikale Grundeinstellungen befördern. Ausdrucksformen und Erfolge rechtsradikalen Verhaltens waren jedoch recht unterschiedlich. Gerade diese Unterschiedlichkeiten sollten jedoch einen Vergleich fruchtbar machen. Er könnte unser Wissen über die Bedingungen rechtsradikaler Agitation und ihrer Umsetzung in bestimmte politische Erscheinungsformen unter jeweils anderen institutionellen Regelungen entscheidend erweitern [33].

Neben den skizzierten inhaltlichen Fragestellungen stehen methodische Probleme des interkulturellen Vergleichs im Mittelpunkt des Interesses bei diesem Projekt.

Hans D. Klingemann

[30] Technisch wird bei diesem Versuch das Verfahren der Faktorenanalyse angewandt. Jedem einzelnen Befragten wird dann eine Kategorie für die Dimension des Eigenschaftsraums zugeordnet, in dem er sich befindet. Diese Technik würde es erlauben, Ergebnisse der Faktorenanalyse auf individueller Basis mit anderen Variablen zu korrelieren.

[31] Das Projekt wird von Dr. Theodor Harder, *Institut für vergleichende Sozialforschung*, Dr. Hans D. Klingemann und Dipl.-Volkswirt Thomas A. Herz, *Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln*, bearbeitet.

[32] Das Projekt wird von Dr. Theodor Harder und Dipl.-Volkswirt Thomas A. Herz bearbeitet.

[33] Vgl.: Erwin K. Scheuch unter Mitarbeit von Hans D. Klingemann: „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1967, S. 11—13.